



Die Delegiertenversammlung der Caritas tagte in Köln.

CARITAS-DELEGIERTENVERSAMMLUNG

In der Mitte der Gesellschaft

Der Deutsche Caritasverband will sich stärker in die Debatte um die Integration von Flüchtlingen einmischen. Die Delegiertenversammlung beschloss in Köln eine Initiative zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Immer wieder berichten Mitarbeiter der Caritas über Anfeindungen, weil sie sich für Flüchtlinge engagieren. Beschimpfungen von Ehrenamtlichen, Absage von Veranstaltungen aufgrund von Hetze und gar Steinwürfe auf Migrationsberatungsstellen, dies beklagte Caritas-Präsident Peter Neher nach der Delegiertenversammlung des Verbandes in Köln. „Das darf nicht gesellschaftsfähig werden“, betonte er.

Neher kritisierte eine Verrohung der Sprache und einen besorgniserregenden Anstieg der Gewaltbereitschaft. Populisten hätten Hochkonjunktur, betrieben eine Spaltung der Gesellschaft sogar ganz bewusst. „Klar ist aber, dass Hass und Übergriffe niemals geduldet werden können“, betonte Neher. Es müsse deutlich gemacht werden, dass eine vielfältige Gesellschaft ein Gewinn sei, ohne dass dies bedeute, dass alles einfach sein werde.

Sorgen und Ängste

Doch was wird die Caritas tun? Fakten präsentieren, Argumente liefern, Haltung zeigen, den Diskurs führen. Die Delegiertenversammlung beschloss in Köln für 2018-2020 eine bundesweite Initiative „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. „Wir wollen Werte- und Gerechtigkeitsfragen thematisieren und uns auch mit Haltungen und emotionalen Stimmungen auseinandersetzen“, sagte Neher. Es gehe um eine Stärkung der gesellschaftspolitischen Diskussion und darum, Sorgen und Ängste in der Bevölkerung abzubauen.

Auch die populistischen Parteien müssten möglichst in den politischen Diskurs einbezogen werden, denn sonst „verrät man selbst die Prinzipien der pluralen Demokratie“. „Es gibt Sorgen und Ängste in der einheimischen Bevölkerung; darüber kann und muss man sprechen“, betonte der Caritas-Chef.

„Jetzt erst recht!“

Der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank Joh. Hensel verwies auf Mut machende Erfahrungen aus dem Erzbistum Köln. So sei die Zahl der Ehrenamtlichen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagierten, in den vergangenen zwölf Monaten nahezu konstant geblieben. Immer noch könne nicht jeder Einsatzwunsch sofort bedient werden. „Jetzt erst recht!“, werde oft gesagt. „Die allermeisten machen weiter, weil sie sich mit einigen Menschen, die die Not hierher getrieben hat, vertraut gemacht haben“, so Hensel. An die Stelle des Abtastens und Beschnüpperns trete stabile Begegnung. Sie sei der Schlüssel für das Gelingen der Integration, sei das Gegenmittel gegen populistische Pöbeleien, gegen das Gift der pauschalen Zuschreibung, der Vereinfachung.

Positive Erfahrungen

Mit der „Aktion Neue Nachbarn“ im Erzbistum Köln sei die Flüchtlingshilfe vielerorts fester Bestandteil des Lebens und des Umgangs in den Pfarrgemeinden geworden. „Es gibt ehrenamtliche Initiativen, die sich um die Bereitstellung von Wohnraum kümmern; es gründen sich lokale Patenschaftsprojekte mit dem Ziel, Flüchtlinge auf dem Weg in den Arbeitsmarkt zu begleiten; die Zahl der angebotenen Sprachkurse nimmt zu“, unterstrich Hensel.

Mitte Oktober hatten rund 190 Delegierte des Verbandes aus ganz Deutschland in Köln über zentrale sozial- und verbandspolitische Fragen diskutiert. Der Delegiertenversammlung gehören Vertreter der Diözesan- und Orts-Caritasverbände, aus Fachverbänden und Ordensgemeinschaften an. 




MARKUS LAHRMANN



AUSGABE NOVEMBER 2016

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

-  caritas-nrw.de/nachrichten
-  facebook.de/caritas_in_NRW
-  redaktion@caritas-nrw.de

Und die Armen?

Ein Unbehagen ist spürbar. Verunsicherung mischt mit. Prof. Georg Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes, hat in Zeitungsartikeln und zuletzt mit einem Buch („Armut in Deutschland“) die öffentliche Debatte über Armut kritisiert. Sie sei skandalisierend und behindere dadurch die Armutsbekämpfung. Man solle sich auf die Fakten konzentrieren. Cremer behauptet, dass der „übertriebene Niedergangsdiskurs“ bei der Mittelschicht Abstiegsängste und sinnlose Panik auslöse.

Das Unbehagen speist sich aus der Blickrichtung dieser Positionierung. Wer angesichts einer seit 2005 nur wenig gestiegenen Armutsrisikoquote (14,7 auf 15,5 Prozent) davon spricht, die Situation sei „einigermaßen stabil“, erzeugt ein anderes Bild als jemand, der sagt, Armut habe sich verfestigt. Ist eine Armutsrisikoquote von 15 Prozent kein Skandal? Ist sie nach zehn Jahren auf diesem Niveau kein Skandal *mehr*? Befeuert eine solche Interpretation Abstiegsängste der Mittelschicht, oder führt der Gewöhnungseffekt zur Abstumpfung?

Es geht nicht nur um die Daten, es geht um Interpretationen und ihre Wirkung. Die müssten der Komplexität des Themas angemessen sein, so die These. Einfache Botschaften sind tabu? Nein! Man kann auch aus komplexen Daten einfache Schlüsse ziehen. Die der Spender versteht, die der Sozialarbeiter nachvollziehen kann, der täglich neu mit dem Elend der Armut konfrontiert ist. Und die der Arme versteht, der mit jedem neuen Armutsbericht in jeder neuen Legislaturperiode das Gefühl hat, es ändere sich nichts.

Die schlechteste Wirkung einer wissenschaftlichen Armutsdebatte wäre: „Alles nicht so schlimm!“ Weil Politik sich dann zurücklehnt. Mitleid und Empörung sind nicht die schlechtesten Antriebsfedern für Veränderung. Darum muss es gehen. ◀

MARKUS LAHRMANN

UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE

Caritas: Standards der Jugendhilfe erhalten

Die Caritas in NRW hat sich gegen eine Absenkung der Jugendhilfe-Standards für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ausgesprochen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung wurde aufgefordert, politische Vorstöße aus Bayern nicht zu unterstützen.

Das geltende Recht der Kinder- und Jugendhilfe folgt dem Prinzip „So wenig wie möglich, aber so viel wie nötig“. Die kostengünstigere Maßnahme ist immer dann vorrangig, wenn eine teurere Maßnahme nicht notwendig ist. Auch das Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen ist insoweit ausdrücklich beschränkt.

Das gilt nicht nur für Minderjährige, sondern auch für junge Volljährige. Das Gesetz gibt den Jugendämtern den Auftrag, aber auch die Mittel, um die Hilfe zur Verfügung zu stellen, die wirklich gebraucht wird – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Caritas weiß aus der Praxis, dass Jugendämter großes Engagement zeigen, um jungen Ausländern in jedem Einzelfall passgenaue Leistungen zu bewilligen. Das kann eine Pflegefamilie, eine einfache Jugendwohngruppe mit nur geringem Personaleinsatz, aber auch eine stationäre Einrichtung mit höheren Kosten sein. Mit Eintritt der Volljährigkeit endet die Maßnahme oft, aber wenn es notwendig ist, kann sie auch fortgesetzt werden.

Es geht ums Geld

Ein politischer Vorstoß aus Bayern über den Bundesrat ging kürzlich dahin, dass die Maßnahmen standardmäßig mit dem 18. Geburtstag beendet werden. Nur in Ausnahmefällen soll weitere Hilfe zulässig sein.

Der Vorschlag aus Bayern zielte auch darauf ab, den Ländern eine Möglichkeit zu schaffen, die von ihnen zu tragenden Kosten für Leistungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge durch Rahmenverträge zu begrenzen. Wenn Jugendämter dann im Einzelfall teurere Leistungen für erforderlich hielten und diese auch bewilligten, fielen die Kosten den Kommunen zur Last. Schließlich soll nach diesen Vorstellungen die Verantwortung für Schutzkonzepte für Frauen und Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen an die Einrichtungsträger delegiert werden.

Dagegen wendet sich die Caritas mit Nachdruck. Denn bisher unterliegt die Kinder- und Jugendhilfe dem Prinzip der bedarfsgerechten Hilfe. Der politische Vorstoß der Bayern würde den Einstieg in den Ausstieg aus diesem Prinzip bedeuten. Der Rückzug der öffentlichen Träger aus der Verantwortung für Schutzkonzepte steht in direktem Widerspruch zur aktuellen Entwicklung im Kinder- und Jugendhilferecht: Das Bundesjugendministerium plant, die Heimaufsicht und damit die staatliche Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen nachdrücklich zu stärken. Dieses Vorhaben reagiert auf die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit und hat in der Fachwelt große Zustimmung erfahren. Es wäre nach Ansicht der Caritas nicht zu verantworten, ausgerechnet für die besonders schwache Gruppe geflüchteter Frauen und Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen eine Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung einzuleiten.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein komplexes Feld, das angesichts der großen Zahl von jungen Flüchtlingen zurzeit in besonderer Weise gefordert ist. Vor dem Hintergrund der aktuellen Erfahrung, dass gescheiterte Integrationsprozesse dramatische Folgen zeitigen können, ist es in der Jugendhilfe besonders notwendig, sich nicht von kurzfristigen fiskalischen Erwägungen leiten zu lassen.

Schreiben an Ministerpräsidentin

Die Jugendämter brauchen einen Rahmen, der es ihnen wie bislang ermöglicht, in jedem Einzelfall das Richtige zu tun. Die Betroffenen brauchen Jugendämter, die diesen Rahmen so nutzen, wie das SGB VIII das verlangt. Mit dieser Argumentation hat die Caritas in NRW Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) gebeten, sich weiter für den Erhalt der bewährten Standards der Kinder- und Jugendhilfe einzusetzen. ◀


Placebo-Politik

Ende September war die Situation bei den Offenen Ganztagsangeboten in den nordrhein-westfälischen Grundschulen eine ganze Woche lang Dauerthema auf fast allen Kanälen des WDR. Laut Erlass soll die freiwillige Nachmittagsbetreuung ja ein hochwertiges und umfassendes Erziehungsangebot liefern und für individuelle Förderung und Chancengleichheit sorgen. Doch diesen Anspruch löse die OGS nicht ein, hat der WDR herausgefunden und sprach von großen Qualitätsunterschieden.


Der Sender stützt sich dabei auf eine Umfrage, die er selbst durchgeführt hat. Kronzeugen seiner Analyse sind die Grundschulrektoren. Von 2812 angeschriebenen Schulen haben 754 geantwortet. Die Hauptkritikpunkte der Schulleitungen: Oft muss der Ganztags mit engen, schlecht ausgestatteten Räumen vorliebnehmen. Geld fehlt für pädagogisch gut ausgebildetes Personal, weil oft keine Tariflöhne gezahlt werden. Es gibt zu wenig qualifizierte Fachkräfte für die Hausaufgabenbetreuung, die Zusammenarbeit zwischen Grundschule und OGS funktioniert oft nicht gut. Es gibt keine landesweiten Standards zu Kosten, Betreuungsstandards und Qualifikation des eingesetzten Personals. Und es gibt nicht genügend Plätze.

Von Kommune zu Kommune ist die OGS unterschiedlich. Ausschreibungen führen manchmal dazu, dass Anbieter ohne Tarifbindung vorne liegen. Kommunale Zuschüsse liegen nach den Recherchen des WDR mal bei 2000 Euro pro Kind im Jahr, in der Nachbarstadt dagegen nur bei 0 Euro. Gute Qualität ist oft Glückssache.

Damit bestätigt der WDR die Klagen der Freien Wohlfahrtspflege, Träger von 80 Prozent der Einrichtungen (vgl. Caritas in NRW, Heft 3/2016 zum Thema OGS). Und weil der WDR nicht im Verdacht steht, eigene Interessen zu verfolgen, wird endlich auch die Politik unruhig, die ja „kein Kind zurücklassen“ will. Schulministerin Löhrmann (Grüne) beeilte sich, zu versichern, man habe ja schon die Zuschüsse für die OGS erhöht.

Doch Frau Löhrmanns Antwort überzeugt nicht. Die OGS, ursprünglich als Betreuungsangebot konzipiert, erfüllt nämlich längst wichtige soziale Funktionen. Sie dient der Behebung von Bildungsnachteilen, ist ein Instrument für soziale Gerechtigkeit. Entsprechend müsste sie finanziert werden. Das weiß so kurz vor der Landtagswahl auch die Landesregierung. 

M. LAHRMANN

 chefredakteur@caritas-nrw.de

ENGER ZUSAMMENRÜCKEN

Essener Generalvikar sieht keine Alternative für Caritas-Reform


Drei Millionen Euro weniger hat die Caritas Essen im Vergleich zu 2013 zur Verfügung. Der Essener Generalvikar Klaus Pfeffer sieht deshalb keine Alternative zu Kosteneinsparungen und Strukturveränderungen.

Auf Dauer müsse der Diözesan-Caritasverband wie alle anderen Bereiche im Bistum mit weniger Mitteln auskommen, sagte Pfeffer der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Mülheim an der Ruhr. Es dürfe nicht noch einmal zu einer Situation kommen wie im Jahr 2006, als über Sozialpläne habe geredet werden müssen. Pfeffer verwies darauf, dass Essen im Gegensatz zu anderen Bistümern sich fast ausschließlich durch Kirchensteuern finanziere. Es gehe aber nicht darum, die Caritas-Angebote für Bedürftige einzuschränken.

Vielmehr sollen entsprechend den Empfehlungen einer Unternehmensberatung durch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Ortsverbänden sowie zwischen Bistumsverwaltung und Diözesan-Caritasverband Synergieeffekte und damit Einsparungen erzielt werden. Das Bistum und die Caritas müssten wieder näher zu-

sammenrücken, sagte Pfeffer, der zurzeit auch kommissarischer Vorstandsvorsitzender der Caritas im Bistum ist. Das Generalvikariat müsse die Caritas stärker wahrnehmen und umgekehrt der Caritas-Vorstand viel mehr in die Mitverantwortung des Bistums einbezogen werden.

Personelle Neuaufstellung


Das Bistum hatte bekannt gegeben, sich aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die künftige Entwicklung der Caritas vom langjährigen Caritasdirektor Andreas Meiwes (54) getrennt zu haben. Dieser Schritt sei im gegenseitigen Einvernehmen erfolgt. Zugleich wurde eine personelle Neuaufstellung angekündigt. Die Delegiertenversammlung beschloss ein neues Gremienmodell, wonach künftig ein hauptamtlicher Vorstandsvorsitzender die Diözesan-Caritas führen soll.  (KNA)

ZUKUNFT DER SOZIALEN ARBEIT

Online-Befragung zum Thema „Ehrenamt“

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind oft tragende Elemente der caritativen Arbeit in den Einrichtungen, Diensten und Verbänden. Mit einer Online-Befragung möchten die fünf Diözesan-Caritasverbände in NRW einen aktuellen Überblick beim ehrenamtlichen Engagement erhalten. Das Ergebnis soll dazu beitragen, Unterstützung und weitere Arbeit im Ehrenamtsbereich gezielter auszubauen.

Konzipiert wurde die Erhebung in Zusammenarbeit mit der Katholischen Hochschule (KatHO) NRW. In der Forschung geht man derzeit davon aus, dass Einrichtungen und Dienste, die bereits heute über ein Konzept und Strukturen zur Ehrenamtsarbeit verfügen, besser für die Entwicklungen in der sozialen Arbeit gerüstet sind als diejenigen, die ausschließlich auf professionell erbrachte Leistungen setzen.

Per E-Mail haben die Diözesan-Caritasdirektoren die Leitungen und Verantwortlichen aus Diensten und Einrichtungen angeschrieben und den Link zum Online-Fragebogen übermittelt. Der kann noch bis zum 20.11. beantwortet werden. 

 mteichert@caritas-ac.de

Gesundheitsversorgung in der Diskussion

Wie lässt sich die Gesundheitsversorgung weiter verbessern? Indem die Selbstbestimmung von Patientinnen und Patienten gestärkt wird, so der Kern einer EntschlieÙung der Landesgesundheitskonferenz 2015. Bei der Caritas diskutierte man jüngst Umsetzungsschritte.

Nichtgelingende Kommunikation und fehlende Orientierung seien ein zentrales Problem im Gesundheitsbereich, sagte Dirk Meyer, Patientenbeauftragter der Landesregierung NRW, bei der Diskussion im Haus der Diözesan-Caritas Essen. „Das beginnt mit den ersten zehn Schritten der Patienten in Ihre Häuser hinein“, sagte Meyer zu den Vertretern der Krankenhäuser. Er begrüÙe es außerordentlich, mit den Akteuren, die den Alltag im Gesundheitssystem prägten, in den diskursiven Austausch zu kommen.

„Wir sind täglich im Krankenhaus und nehmen auf, wie die Patienten alles, was sie erleben, beurteilen“, sagte Anneliese Florack, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Katholischen Krankenhaushilfe. Die Grünen Damen (und Herren) erfüllen oft eine wichtige Aufgabe im Krankenhaus, für die Ärzten und Pflegenden zu wenig Zeit bleibt: Gesprächspartner zu sein. Und diese Rolle nehmen die Ehrenamtlichen - oft entsprechend weitergebildet - häufig auf Augenhöhe mit Ärzten und Pflegeern ein.

Augenhöhe ist Haltungsfrage

Hubert Gerleve, Chefarzt der Kinder- und Jugendklinik im Verbund der Christopherus-Kliniken Coesfeld, erläuterte, wie Augenhöhe bei den Kleinsten der Patienten geht: „Wenn ich mit Patienten spreche, gehe ich in die Knie“, sagte er. Der Arzt als „Herrgott in Weiß“ sei ein Bild aus vergangenen Zeiten. Es gehe also um Haltung. „Die Patienten wollen das Gefühl haben, dass sie gut beraten, behandelt und aufgenommen werden.“ Das bedeute: „Mehr Zeit!“ und „Ernstnehmen!“. „Wir Ärzte müssen uns ändern, nicht die Patienten“, betonte Gerleve. Er sei dankbar für jede Beschwerde.

Viele Kliniken haben den Wert von konstruktiven Rückmeldungen erkannt und nutzen ein institutionalisiertes Beschwerdemanagement zur Qualitätsverbesserung. Einerseits, gestand Horst Schrotten,

Qualitäts- und Risikomanager im Bethlehem Gesundheitszentrum Stolberg, sei dies eine Erleichterung für die Kollegen, die Beschwerden abgeben könnten an jemanden, der sich professionell damit auseinandersetze. Andererseits könne er wiederum die gewonnenen Erkenntnisse und seine Position nutzen, um strukturelle Probleme in den Abteilungen anzugehen.

Rahmenbedingungen verbessern

Der mündige, aufgeklärte, allseits informierte Patient, der ausgiebig auf Augenhöhe mit Ärzten und Pflegepersonal diskutiert, bleibt ein in der Realität oft unerreichbares Idealziel. Monika Hilsmann, Pflegedirektorin im Marienkrankenhaus in Schwerte, verwies auf die Realität der Rahmenbedingungen: „Das sind tolle Forderungen, deren Umsetzung immer auch zu Lasten anderer Bereiche geht“, sagte sie. Der Alltag in den Krankenhäusern sei geprägt durch Leistungsverdichtung, Personalabbau und eine Verkürzung der Verweildauer.


Und doch müssten sich die katholischen Krankenhäuser an ihren eigenen Werten messen lassen, forderte der Patientenbeauftragte Meyer. Die Caritas müsse

sich auch selbst fragen, wie viel Geld sie zusätzlich in diesen Bereich fließen lasse, um ihre eigenen Ansprüche umzusetzen.

Darauf reagierte Klaus Schoch, Leiter der Abteilung Gesundheitshilfe beim Diözesan-Caritasverband Münster, allergisch. Jahrzehntelang hätten die katholischen Krankenhäuser eigenes Vermögen eingebracht. Für ihn sind die derzeitigen Rahmenbedingungen eher Anlass, zu überlegen, ob die Kirche sich im Gesundheitsbereich noch weiter engagieren könne oder ob man sagen müsse: „Wir steigen aus.“

Modell „Patientenhochschule“

Dabei steigen die Anforderungen an die Krankenhäuser auch so schon sichtbar weiter an. Der Pflegekräftemangel schlägt durch. In manchen Bereichen fehlen auch gute Ärzte. Sprachbarrieren, kulturelle Unterschiede bei Patienten, aber auch bei Krankenhaus-Mitarbeitern führen zu Kommunikationsdefiziten. Überzogene Ansprüche von Patienten sind nicht erfüllbar. Hinzu kommen die steigenden juristischen Anforderungen aus Angst vor Haftungsklagen. Seitenlange Patientenaufklärungsbögen können den Patienten verunsichern. So wird Informiertheit vorgetäuscht, wächst die Bürokratie, sie nützt nicht mehr dem Patienten. Widersprüche, die aufzulösen in der Praxis oft schwierig ist.


Oliver Gondolatsch, Vorsitzender des Bundesverbandes der Patientenfürsprecher, verwies auf das gelungene Modell einer „Patientenhochschule“ am Katholischen Klinikum in Essen. Dort können Teilnehmer sogar ein Zertifikat „Mündiger Patient“ erwerben.  M.L.



DISKURSIVES KOPFZERBRECHEN Moderiert von Prof. Dr. Andreas Wittrahm (Mitte), Bereichsleiter Facharbeit und Sozialpolitik beim Caritasverband für das Bistum Aachen, diskutierten Horst Schrotten, Oliver Gondolatsch, Dirk Meyer, Klaus Schoch, Anneliese Florack (verdeckt) und Monika Hilsmann. Foto: Lahrman


Eine Million Sterne

Zum zehnten Mal ruft Caritas international zur Teilnahme an der bundesweiten Solidaritätsaktion „Eine Million Sterne“ auf. Caritasverbände, Einrichtungen, Dienste und Pfarrgemeinden werden am 12. November 2016 bundesweit öffentliche Plätze in strahlende Lichtermeere verwandeln und Zeichen für eine gerechtere Welt setzen. Am Beispiel unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge und von Migranten in Marokko zeigt die Caritas die weltweite Dimension des Caritas-Jahresthemas „Generationengerechtigkeit“ auf. 

 www.einemillionsterne.de


Keine Standardabsenkung


Vor einer Absenkung der geltenden Jugendhilfe-Standards bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF) hat die Freie Wohlfahrtspflege NRW gewarnt.

„Gerade unbegleitete minderjährige Flüchtlinge brauchen einen besonderen Schutz vor Ausbeutung und Bedrohungen sowie umfangreiche Unterstützung bei der Bewältigung fluchtbedingter seelischer und körperlicher Belastungen“, sagte der LAG-Vorsitzende Andreas Johnson auf einem Fachtag in Düsseldorf. Die Standards aus Kostengründen abzusenken, lehnt die Freie Wohlfahrtspflege ab. Derzeit leben rund 13000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in NRW. 


Aktion für Flüchtlinge

Mit einer bundesweiten Aktionswoche (20.-25. November 2016) begleitet und unterstützt die Caritas Flüchtlinge bei der Jobsuche. Dazu setzt sie auf die Berichterstattung in lokalen und regionalen Medien und auf die Verbreitung über soziale Medien im Netz. Auf einer Webseite stellen sich Geflüchtete vor und doku-

mentieren ihre Jobsuche per Video, Foto und Text. Helfen sollen ihnen Jobpat(inn)en und die Online-Community. Außerdem geht es um öffentlichkeitswirksame Zeichen der Solidarität. 

 www.caritas.de/aktionswoche
(ab 11. 11. freigeschaltet)

Woche des Respekts

Die NRW-Landesregierung hat zu einer Woche des Respekts (14.-18. November) aufgerufen. Im Mittelpunkt stehen vor allem das Engagement für die Gesellschaft und die Würdigung von Zivilcourage. Denn Respektlosigkeit zeigt sich immer öfter und droht zu einer Gefahr für den Zusammenhalt und die Vielfalt unserer Gesellschaft zu werden. Die Caritas beteiligt sich mit zahlreichen Aktionen und wirbt für mehr Respekt im Umgang miteinander. 

 www.caritas-nrw.de/respekt

ARBEITSLOSENREPORT

Schlechte Arbeitsmarktchancen für Hartz-IV-Empfänger


Hartz-IV-Empfänger haben kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Nur wenige finden eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Gelingt der Ausweg aus Hartz IV, ist das meist nicht von Dauer.

Langzeitarbeitslose finden in Nordrhein-Westfalen nur sehr selten wieder einen dauerhaften Job. Nur 1,6 Prozent der Hartz-IV-Bezieher in NRW haben im vergangenen Jahr pro Monat eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen, wie aus dem Arbeitslosenreport der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege hervorgeht. Zudem fällt jeder vierte ehemalige Hartz-IV-Empfänger (24 Prozent) innerhalb von drei Monaten zurück in den Leistungsbezug, weil er nur einen instabilen oder befristeten Job etwa in der Leiharbeit gefunden hat.

Schlecht bezahlte Leiharbeit


Insgesamt kamen laut Arbeitslosenreport 28 Prozent der ehemaligen Langzeitarbeitslosen, die zwischen Juli 2015 und Juni 2016 einen sozialversicherungspflichtigen Job fanden, in der Leiharbeitsbranche unter-

Mehr als die Hälfte dieser Beschäftigungsverhältnisse endete demnach aber nach weniger als drei Monaten wieder. Zudem seien die Stellen oftmals nicht auskömmlich bezahlt, heißt es in dem Bericht weiter. Nur 46 Prozent der rund 437000 ehemaligen Langzeitarbeitslosen, die 2015 einen neuen Job fanden, verdienten dort so viel, dass sie kein Hartz IV mehr bezogen. Dagegen waren 54 Prozent auch drei Monate nach Arbeitsantritt weiterhin von aufstotckenden Hartz-IV-Leistungen abhängig.

„Menschen müssen dauerhaft in Arbeit bleiben. Es genügt nicht, sie nur kurzfristig in Arbeit zu bringen“, kritisierte Heinrich Westerbarkey vom Diözesan-Caritasverband Paderborn. „Erst dann werden Eigenständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe möglich.“ Nötig seien „passgenaue und nachhaltige Hilfen zur Eingliederung in Arbeit“. 

DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Kessmann bleibt Vizepräsident

Heinz-Josef Kessmann, Direktor des Caritasverbandes für die Diözese Münster, ist bei der Delegiertenversammlung des Deutschen Caritasverbandes in Köln erneut zum Vizepräsidenten gewählt worden. Damit wird er auch weiterhin Vorsitzender der Arbeitsrechtlichen Kommission (AK) bleiben. 

Caritas in NRW AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

Chefredakteur: Markus Lahrman

Titelfoto: Martin Karski

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,
Tel.: 0211 / 516066-20, Vertrieb@caritas-nrw.de
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH, Karl Wegener
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Tel.: 05251/153-220, Fax: 05251/153-104
karl.wegener@bonifatius.de
ISSN 1611-3527

ClimatePartner
klima neutral

Zertifikatsnummer:
53323-1401-1005
www.climatepartner.com

Dringender Nachbesserungsbedarf

Scharfe Kritik am Entwurf des Bundes-
teilhabegesetzes hat die Arbeitsge-
meinschaft der Einrichtungen und Dienste
der Behindertenhilfe und Psychiatrie im
Erzbistum Paderborn geübt. „Dies ist kein
Gesetzentwurf, den wir in der jetzigen Fas-
sung akzeptieren können“, sagte der Vorsit-
zende Heinz-Georg Eirund bei der Mitglie-
derversammlung. „Es besteht dringend
Nachbesserungsbedarf, da ansonsten die
jetzige Qualität der Betreuung von Men-
schen mit hohen Unterstützungsbedarfen
nicht gehalten werden kann.“ Die Arbeitsge-
meinschaft vertritt 121 Einrichtungen und
Dienste, die rund 15.000 Menschen mit Be-
hinderung bei ihrer Teilhabe am Leben in
der Gesellschaft und am Arbeitsleben ber-
aten, unterstützen und fördern.

Ursprünglich habe das geplante Gesetz
ein „Mehr an Teilhabe“ bringen sollen. Das
werde in dieser Form aber nicht gewährleis-
tet, sagte Eirund, der auch Vorstand des Ca-
ritasverbandes Brilon ist. Das geplante Ge-
setz verursache in dieser Form einen
enormen Verwaltungsaufwand, kritisierte
er. „Wir befürchten, dass der Streit um die
Zuständigkeit, der daraus voraussichtlich
entstehen wird, auf dem Rücken der Betrof-
fenen ausgetragen wird.“

Ein wesentlicher Knackpunkt des Ge-
setzentwurfes sei der beabsichtigte Vor-
rang der Pflege vor Leistungen der Einglie-
derungshilfe, erläuterte Janina Bessenich,
stellvertretende Geschäftsführerin des
bundesweiten Fachverbandes Caritas Be-
hindertenhilfe und Psychiatrie. Dieser ber-
ge die Gefahr, dass Menschen mit Behinde-
rung zukünftig unter die Zuständigkeit der
Pflegeversicherung fallen und in Pflegeein-
richtungen gedrängt werden könnten. Bis-
herige Standards bei der gesellschaftlichen
Teilhabe würden auf der Strecke bleiben,
kritisierte Bessenich.

Wegen der Mängel des Gesetzentwurfes
ruft der Verband der Caritas Behinder-
tenhilfe und Psychiatrie gemeinsam mit
anderen Verbänden der Behindertenhilfe
zu einer Kundgebung am 7. November in
Berlin auf. Motto: „TEILHABE - jetzt erst
Recht!“ Zeitgleich findet die Anhörung zum
Gesetzentwurf im Bundestags-Ausschuss
für Arbeit und Soziales statt. ◀ (CPD)

➤ www.cbpcaritas.de

Neuanträge noch 2016 stellen!

Ab dem 1. Januar 2017 gelten in der gesetzlichen Pflegeversicherung neue Regeln. Es kommt dann entscheidend auf den Grad der Selbstständigkeit der Betroffenen an. Für viele Menschen lohnt es sich, Neuanträge noch vor Jahresende zu stellen.

Das Zweite Gesetz zur Stärkung der pfle-
gerischen Versorgung und zur Ände-
rung weiterer Vorschriften (Zweites Pflege-
stärkungsgesetz - PSG II) ist am 1. Januar
2016 in Kraft getreten. Das neue Begutach-
tungsverfahren und die Umstellung von
Pflegestufe auf Pflegegrad sollen zum 1.
Januar 2017 wirksam werden. Es kommt nun
entscheidend auf den Grad der Selbststän-
digkeit der Betroffenen an. Auch die Leis-
tungen der Pflegeversicherung werden
durchweg erhöht.

Automatische Überleitung

Menschen, die bisher schon Pflegegelder
als Leistungen der Pflegeversicherung er-
halten haben und den Pflegestufen I, II oder
III zugeordnet waren, werden ohne erneute
Begutachtung in die neuen Pflegegrade
übergeleitet. Sie erhalten meist höhere,
mindestens aber gleich hohe Pflegegelder.
Eine neue Beantragung ist nicht nötig.

Zuschuss für Heimbewohner

Der Zuschuss zu den Pflegekosten wird für
viele Pflegebedürftige, die ab dem 1. Januar
2017 in ein Heim aufgenommen werden,
erhöht. Er verringert sich aber für neu auf-
genommene Heimbewohner, die 2016 den
Stufen I oder II zugeordnet worden wären;
denn Pflegebedürftige, die nach dem bishe-
rigen Recht der Pflegestufe I oder II zuzu-
ordnen wären, erhalten ab dem 1. Januar
2017 ein niedrigeres Pflegegeld, wenn sie
erstmalig im Jahr 2017 Leistungen der Pfl-
geversicherung beantragen: Sie erhalten in
Stufe I statt 1064 nur 770 Euro und in Stufe
2 nur 1262 statt 1330 Euro monatliches Pfl-
gegeld.

Eigenanteil der Heimbewohner

Alle pflegebedürftigen Bewohner der Pfl-
egegrade 2 bis 5 eines Alten- oder Pfl-
egeheims zahlen ab 2017 einen gleich hohen
pflegebedingten Eigenanteil. Dessen Höhe
hängt u. a. von Lage, Ausstattung und Regi-
on der Einrichtung ab. Das Bundesgesund-
heitsministerium geht von einem Durch-



DER GRAD der Selbstständigkeit ist maßge-
bend für die Einstufung der Pflegegrade.

Foto: Pohl

schnittsbetrag von 580 Euro aus, der sich
um die Eigenanteile für Unterkunft, Ver-
pflegung und anteilige Investitionskosten
der Einrichtung erhöht.

Künftige Nachteile vermeiden!

Für körperlich Beeinträchtigte wird es ab
2017 schwieriger sein, einen hohen Pfl-
egegrad zu erreichen, weil dann geistige und
psychische Beeinträchtigungen bei der Zu-
ordnung der Pflegegrade stärker gewichtet
werden als bisher. Betroffene können aber
eine Einstufung nach bisherigem Recht
und eine Überleitung in einen höheren Pfl-
egegrad erreichen, wenn sie noch 2016 einen
Antrag auf Leistungen aus der Pfl-
geversicherung stellen. In diesem Fall erfolgt die
Überleitung aus der zuerkannten Pfl-
gestufe, wenn die Anerkennung erst im Laufe
des Jahres 2017 rückwirkend auf den Zeit-
punkt der Antragstellung erfolgt.

Auch für einen Pflegebedürftigen, der
bereits Leistungen wegen körperlicher Be-
einträchtigung bezieht, aber inzwischen
auch erheblich geistig und psychisch beeinträ-
chtigt ist, ist ein Antrag auf Neueinstu-
fung noch in diesem Jahr sinnvoll; denn im
nächsten Jahr könnte er höhere Leistungen
erhalten, weil er nicht nur einen, sondern
zwei Grade höher übergeleitet wird. ◀

HEINZ-GERT PAPPENHEIM

Schutz der Familie

Der Paderborner Diözesan-Caritasverband kritisiert die Aussetzung des Familiennachzugs bei syrischen Flüchtlingen. In den Beratungsstellen der Caritas bekundeten immer mehr Betroffene ihre Verzweiflung und Wut. Mit dem Asylpakt II vom Februar 2016 genießen syrische Flüchtlinge nur noch subsidiären Schutz; damit ist der Nachzug von Familienangehörigen ausgesetzt. Aus Sorge um ihre Verwandten sähen sich immer mehr Flüchtlinge unter dem Druck, nach Syrien zurückkehren zu müssen. „Die Familie ist ein wichtiger Garant für eine gelingende Integration“, sagte Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig. Außerdem stünden Ehe und Familie laut Grundgesetz unter besonderem Schutz des Staates. „Derzeit wird eine beträchtliche Gruppe von diesem Schutz ausgeschlossen.“ ◀ (CPD)

Kurberatung gefährdet

Die mangelnde Finanzierung von Kurberatungsstellen etwa für Mutter-Kind-Kuren hat die Arbeitsgemeinschaft Müttergenesung im Erzbistum Paderborn kritisiert. Im Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Daniel Sieveke (CDU) beklagte Geschäftsführer Klaus Tintelott, es gebe keinerlei finanzielle Absicherung der Kurberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände. „Sie fallen durch alle Finanzierungsnetze“, sagte er. Tintelott forderte eine Absicherung der Kurberatung durch das kommende Landespräventionsgesetz. Sieveke sagte zu, das Anliegen zu unterstützen. ◀ (CPD)

Flüchtlingsberater am Limit

Die Überlastung der Beratungsstellen für zugewanderte erwachsene Migranten hat der Caritasverband für das Bistum Essen kritisiert. Ein Ausbau mit Mitteln

des Bundes sei zwingend erforderlich, sagte Jürgen Holtkamp, Abteilungsleiter bei der Caritas im Bistum Essen. Die große Zahl von Flüchtlingen in den Städten des Ruhrbistums fordere die Wohlfahrtsverbände als Träger der Beratung außerordentlich.

Im ersten Halbjahr 2016 hat sich die Zahl der Ratsuchenden mehr als verdoppelt. Das Bundesamt erlaube eine maximale Anzahl von 150 Langzeitberatungen pro Vollstelle. „Derzeit liegen die Zahlen zwischen 270 und 310 Langzeitberatungen“, so Holtkamp. „Unsere Migrationsberater arbeiten am Limit der persönlichen Belastbarkeit“, sagte Holtkamp.

Der Rückgang der Flüchtlingszahlen bedeute keine Entlastung, da Asylsuchende wegen der langen Registrierungs- und Anerkennungsverfahren verzögert in der Migrationsberatung ankämen. ◀ (CHG)

DOWN-SYNDROM-TEST

Selektion auf Kasse

Die Diözesan-Caritasverbände Köln und Aachen haben die beabsichtigte Aufnahme des Down-Syndrom-Tests in den Leistungskatalog der Krankenkassen scharf kritisiert.

Eine neue Kassenleistung zur Erkennung von Abtreibungskandidaten und ohne therapeutischen Nutzen hat weder mit dem ärztlichen Heilauftrag noch mit dem Bemühen um eine inklusive Gesellschaft etwas zu tun“, schreibt der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Joh. Hensel in der Kölner Kirchenzeitung.

Seit vier Jahren ist der sogenannte Praena-Test auf dem Markt, mit dem schon ab der zehnten Schwangerschaftswoche festgestellt werden kann, ob das ungeborene Kind ein Down-Syndrom (Trisomie 21) hat. Laut Hensel steht dieser schnelle Bluttest in eklatantem Widerspruch zu den Folgen, die eine Diagnose für Eltern und ihr ungeborenes Kind haben kann.

„Der Test mag zwar die unmittelbaren Nebenwirkungen minimieren, was den Eltern aber bleibt, ist eine Entscheidung über Leben und Tod ihres ungeborenen Kindes. Neun von zehn Kindern mit einem Down-Syndrom dürfen nicht mehr weiterleben,

weil die Entscheidung gegen sie fällt.“, kritisierte Hensel. „Der Chromosomentest im Mutterblut verstärkt den gesellschaftlichen Druck, dass nur noch gesunde Kinder auf die Welt kommen dürfen. Häufig hören Eltern von Kindern mit Down-Syndrom Sätze wie: ‚Haben Sie das denn vorher nicht gewusst?‘ oder ‚Das muss doch heute nicht mehr sein!‘“, sagte der Caritas-Direktor.

Keine gesellschaftliche Reflexion

Dieser Bluttest sei als „reines Selektionsinstrument“ konzipiert. Er verhindere eine ernsthafte gesellschaftliche Reflexion über Konsequenzen und Handlungsoptionen. „Mit der Aufnahme des Bluttests in den solidarisch finanzierten Leistungskatalog der Krankenkassen gewinnt der frühe Selektionsprozess an fataler Selbstverständlichkeit“, so der Caritasdirektor.

Auch das Ethikkomitee des Caritasverbandes für das Bistum Aachen warnte vor einer vorgeburtlichen Selektion. ◀

CARITAS-LOTTERIE

Los-Verkauf noch bis Ende des Jahres

Noch bis zum 31.12.2016 können Caritas-Einrichtungen wie Seniorenheime, Kindergärten oder Behindertenwerkstätten in den Diözesen Aachen, Münster und Paderborn Rubbellose der Caritas-Lotterie verkaufen.

Der Verkauf der Lose - z. B. auf Weihnachtsmärkten oder auf dem Adventsbasar - bietet den verkaufenden Einrichtungen eine einfache und risikolose Möglichkeit, zusätzliche Spenden einzunehmen.

Bestellt werden können die Rubbellose beim Diözesan-Caritasverband Paderborn. Abgepackt sind die Lose zu je 300 Stück. Sie werden in Kommission versandt. Unverkaufte Lose können wieder zurückgegeben werden.

Die Caritas-Lotterie ist 2016 erstmals gestartet und entwickelt sich sehr gut, so Dirk Lenschen vom Diözesan-Caritasverband Paderborn. Die frühere gemeinsame Lotterie aller Wohlfahrtsverbände „helfen und gewinnen“ musste 2015 aufgrund eines zunehmenden Defizits und einer geänderten steuerlichen Behandlung eingestellt werden. ◀

✉ d.lenschen@caritas-paderborn.de
Tel. 05251/209-222

SPITZENGESPRÄCH MIT SPD

Integration, Kitas, stationäre Altenhilfe

Maßnahmen zur besseren Integration von Flüchtlingen, Überlegungen und Fahrplan für ein neues Kita-Gesetz, die vertrackte Situation bei der Investitionskostenfinanzierung in der stationären Altenhilfe (APG-DVO) und ein sozialer Arbeitsmarkt - das waren einige der Themen bei einem ausführlichen Spitzengespräch zwischen Diözesan-Caritasdirektoren und SPD-Fraktionsspitze im Düsseldorfer Landtag. Es ging aber auch um mögliche Verbesserungen beim derzeit diskutierten Bundesteilhabegesetz und um Vermeidung von Kinderarmut in sozialen Brennpunkten.

Die SPD warb um öffentliche Unterstützung für den sozialen Wohnungsbau auch in Villengegenden, um die Wohnungsnot zu bekämpfen und die Konkurrenzsituation zwischen Flüchtlingen und SGB-II-Empfängern um preiswerten Wohnraum zu entschärfen. Die Caritasdirektoren warnten mit Blick auf den kommenden Landtagswahlkampf vor Vereinfachungen und Emotionalisierung, die nur den rechten Populisten nützten. ◀



INTENSIVER AUSTAUSCH zwischen Caritas in NRW und SPD-Fraktionsspitze. Auf Caritas-Seite dabei (v. l. n. r.): Josef Lüttig (Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Paderborn), Heinz-Josef Kessmann (Diözesan-Caritasdirektor für die Diözese Münster), Dr. Frank Johannes Hensel (Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln), Burkard Schröders (Diözesan-Caritasdirektor für das Bistum Aachen).

Auf der anderen Seite (von hinten n. vorn): Frank Uferkamp (Pressesprecher), Britta Altenkamp (stellv. Fraktionsvorsitzende), Jochen Ott (stellv. Fraktionsvorsitzender), Carina Gödecke (Landtagspräsidentin), Marc Herter (parlamentarischer Geschäftsführer), Eva-Maria Voigt-Küppers (stellv. Fraktionsvorsitzende), Peter Pitzer (Büroleiter des Fraktionsvorsitzenden).

Foto: Lahrmann